

Politisches Vertrauen und die "Krise der Demokratie" FREE

Tom W. G. van der Meer, Abteilung für Politikwissenschaft, Universität Amsterdam

<https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.77>

Online veröffentlicht: 25. Januar 2017

Zusammenfassung

Seit Jahrzehnten wird die wissenschaftliche Untersuchung des politischen Vertrauens durch die Besorgnis über den Rückgang des öffentlichen Vertrauens in die Politik motiviert. Da politisches Vertrauen als notwendige Voraussetzung für demokratische Herrschaft gilt, wird angenommen, dass ein Rückgang des Vertrauens die Qualität der repräsentativen Demokratie grundlegend in Frage stellt.

Grundsätzlich kann politisches Vertrauen als die Unterstützung der Bürger für politische Institutionen wie die Regierung und das Parlament angesichts der Ungewissheit über die Handlungen dieser Institutionen oder der Anfälligkeit für diese verstanden werden. Obwohl politisches Vertrauen üblicherweise als ein pro-demokratischer Wert betrachtet wird, ist sein Fehlen nicht offensichtlich schädlich für die Demokratie. Vielmehr fördert Skepsis das politische Engagement und signalisiert die Bereitschaft, politische Institutionen nach ihren eigenen Leistungen zu beurteilen.

Im länderübergreifenden Vergleich ist das politische Vertrauen in den Ländern, die nicht als liberale Demokratien gelten, durchweg am höchsten. Innerhalb der Gruppe der liberalen Demokratien haben die nordischen Länder tendenziell die höchsten Vertrauensraten, während die ehemals kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa die niedrigsten haben. Obwohl es Hinweise darauf gibt, dass das politische Vertrauen in vielen alteingesessenen Demokratien in den 1960er und 1970er Jahren abnimmt, sind die letzten Jahrzehnte in den meisten Ländern durch trendlose Schwankungen gekennzeichnet.

Während Wissenschaftler große Fortschritte beim Verständnis der Quellen politischen Vertrauens gemacht haben - vor allem Korruption, Verfahrensfairness, (wirtschaftliche) Leistung, integrative Institutionen und Sozialisation -, ist das Wissen über die Folgen des Vertrauens bemerkenswert gering geblieben, wie dieser Artikel zeigt.

Stichworte: politisches Vertrauen, Vertrauen, Verfahrensfairness, politische Unterstützung, Vertrauen in die Regierung

Sachgebiete: Politisches Verhalten

Das Narrativ der politischen Vertrauenskrise

In ihrem 1975 an den Trilateralen Ausschuss gerichteten Bericht "The Crisis of Democracy" (Die Krise der Demokratie) lösten Michel Crozier, Samuel Huntington und Joji Watanuki eine Debatte über das aus, was sie "die zunehmende Delegitimierung der Autorität" nannten: "In den meisten der trilateralen Länder ist in den letzten zehn Jahren das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und in die Regierung selbst gesunken.

Führer" (Crozier et al., 1975, S. 162). Diese Autoren warnten vor den Folgen des Aufstiegs einer anomischen Demokratie: "Die Unzufriedenheit mit und das mangelnde Vertrauen in das

Funktionieren der demokratischen Regierungsinstitutionen sind in den trilateralen Ländern inzwischen weit verbreitet. Doch bei all dieser Unzufriedenheit hat sich noch keine nennenswerte Unterstützung für eine Alternative entwickelt

Vorstellung davon, wie die Politik einer hochindustrialisierten Gesellschaft organisiert werden soll. (...) Woran es in den demokratischen Gesellschaften heute mangelt, ist also nicht der Konsens über die Spielregeln, sondern der Sinn dafür, was man durch das Spiel erreichen soll" (Crozier et al., 1975, S. 158-159).

Crozier, Huntington und Watanuki waren Mitte der 1970er Jahre nicht die einzigen, die auf eine Erosion des politischen Vertrauens hinwiesen. Sie waren auch nicht die einzigen, die die Entwicklung des politischen Vertrauens mit einer umfassenderen systemischen Krise der repräsentativen Demokratie in der westlichen Welt in Verbindung brachten. Ihre Darstellung motivierte implizit oder explizit die wissenschaftliche Forschung der nächsten Jahrzehnte (Citrin & Luks, 2001, S. 25) und richtete sich an Politiker und Meinungsmacher in aller Welt. Die vorherrschende Ansicht war, dass ein hohes Maß an öffentlichem Vertrauen in die demokratische Regierungsführung und ihre Institutionen für das Funktionieren der Demokratie selbst unerlässlich ist (Almond & Verba, 1963).

In vielerlei Hinsicht klingen diese Befürchtungen auch heute noch nach, da führende Meinungsmacher und Beamte darauf beharren, dass die repräsentative Demokratie in einer Krise steckt (Zmerli & Van der Meer, 2016). Im Januar 2013, 40 Jahre nach der Gründung der Trilateralen Kommission, wies *Foreign Affairs* auf ein "weit verbreitetes demokratisches Unbehagen" hin. Im Dezember 2014 bezeichnete Juncker, der Präsident des Europäischen Ausschusses, die "öffentliche Negativität gegenüber Politik und Politikern, die Ressentiments" als das größte Problem der Europäischen Union (*Volkskrant*, 27. Dezember 2014). In den 40 Jahren, die zwischen dem Bericht und dieser Überprüfung liegen, hat die Idee einer allgegenwärtigen Vertrauenskrise in der Politik Premierminister in so unterschiedlichen Ländern wie Japan (Takeo Miki, 1974), den Niederlanden (Jan Peter Balkenende, 2002) und dem Vereinigten Königreich (David Cameron, 2010) dazu veranlasst, zu versprechen, das öffentliche Vertrauen in die Politik "wiederherzustellen" oder "wieder aufzubauen".

Das Narrativ einer politischen Vertrauenskrise, die zu einer Krise der repräsentativen Demokratie führt oder diese signalisiert, ist in einer jahrzehntelangen wissenschaftlichen Debatte verwurzelt (siehe Thomassen, 2015). Es wird davon ausgegangen, dass geringes und schwindendes Vertrauen ein integraler Bestandteil des Funktionierens der Demokratie ist und direkte und schwerwiegende Folgen für die Qualität und Stabilität der repräsentativen Demokratie, ihrer Institutionen und ihrer Akteure hat. Dalton (2004, S. 157) schreibt über die vermeintlichen Trends des zunehmenden politischen Misstrauens: "Es gibt berechtigte Gründe zur Sorge, dass solche Trends die Vitalität der Demokratie untergraben oder schließlich den demokratischen Prozess selbst untergraben könnten. In der Tat scheint die Geschichte der Demokratien von politischen Analysten durchzogen zu sein, die solche Bedenken äußerten, noch bevor es öffentliche Meinungsumfragen gab, die dies belegen konnten. Im schlimmsten Fall würde eine politische Vertrauenskrise eine ausgewachsene Krise der repräsentativen Demokratie hervorrufen, indem sie die Stabilität des Regimes untergräbt. Im besten Fall würde sie strukturelle Herausforderungen signalisieren, die eine Umgestaltung der demokratischen Institutionen und Verfahren erfordern. Diese Bedenken wurden vor allem vor dem Hintergrund des Übergangs zur Demokratie in den Ländern geäußert, in denen das Vertrauen der Öffentlichkeit erforderlich ist, um die Legitimität des Regimes zu stärken, selbst wenn dieses mit Rückschlägen konfrontiert ist. Die Bedeutung des politischen Vertrauens wurde erstmals im

Zusammenhang mit der zweiten Welle der Demokratisierung nach 1945 (Almond & Verba, 1963) angesprochen und gewann nach der dritten Welle der Demokratisierung in den 1970er (Südeuropa), 1980er (Lateinamerika und Südostasien) und 1990er Jahren (Mittel- und Osteuropa) wieder an Bedeutung (z. B. Mishler & Rose, 1997).

Ein Großteil der Forschung über politisches Vertrauen wurde implizit oder explizit auf das Narrativ der politischen Vertrauenskrise ausgerichtet. Dieses Narrativ ist jedoch auch in Frage gestellt worden. Wissenschaftler haben die Relevanz von politischem Vertrauen auf einer konzeptionellen Ebene erörtert, über die korrekte Interpretation von Längsschnittrends und länderübergreifenden Unterschieden gestritten und die gesellschaftlichen und politischen Wurzeln von

politisches Vertrauen und untersuchte dessen Folgen. Diese Debatten und Diskussionen waren wertvoll, denn sie haben das wissenschaftliche Verständnis von politischem Vertrauen vertieft und die Grenzen unseres Wissens erweitert.

Drei Varianten der übergreifenden Erzählung

Analytisch können wir zwischen drei Varianten der übergreifenden Erzählung unterscheiden, die politische Vertrauenskrisen mit allgemeineren Krisen der Demokratie in Verbindung bringt.

Die erste hat ihren Ursprung in den 1970er Jahren und besagt, dass das Überleben demokratischer Regime oder Gemeinschaften auf dem Spiel steht, wenn das politische Vertrauen gering ist. "Ein demokratisches politisches System kann ohne die Unterstützung der Mehrheit seiner Bürger nicht lange überleben" (Miller, 1974, S. 951). Diese Erwartung wurde in Zeiten formuliert, in denen sich Politikwissenschaftler hauptsächlich mit der Stabilität demokratischer Regime befassten. Auch wenn sie heute weniger explizit formuliert wird, finden sich in wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten immer wieder Anspielungen auf das Risiko, dass die repräsentative Demokratie eine Vertrauenskrise nicht überleben könnte. Am auffälligsten ist dies in der Literatur über neue und Übergangsdemokratien, in denen Vertrauen erforderlich ist, "um Regime durch Wirtschaftskrisen oder externe Schocks zu stützen" (Norris, 1999, S. 2), und zwar angesichts der anhaltenden öffentlichen Unterstützung für Alternativen zur repräsentativen Demokratie.

Seit den 1990er Jahren haben Wissenschaftler jedoch zunehmend erkannt, dass ein hohes Maß an Unterstützung für demokratische Grundsätze und sogar die demokratische Leistung des Regimes selbst mit einem geringen Maß an Vertrauen in die Institutionen und Akteure, die in diesem Regime funktionieren, einhergeht. Die in den 1970er Jahren vorhergesagte Krise der Demokratie war nicht eingetreten. Stattdessen, so wurde argumentiert, müsse die repräsentative Demokratie selbst angesichts eines geringen oder abnehmenden politischen Vertrauens nicht bedroht sein, sondern könne vielmehr "weitreichende systemische Veränderungen innerhalb der allgemeinen Kategorie der repräsentativen Demokratien" erfahren (Klingemann & Fuchs, 1995, S. 7). Größere institutionelle Umgestaltungen kamen recht häufig vor. Man denke nur an den Übergang Frankreichs von der Vierten zur Fünften Republik, die Implosion des italienischen Parteiensystems in den 1990er Jahren, den Übergang von Mehrheits- zu Verhältniswahlssystemen in Neuseeland und die Neuordnung des niederländischen Parteiensystems nach 2002.

Die repräsentative Demokratie ist von Natur aus in der Lage, auf Herausforderungen wie politische Vertrauenskrisen zu reagieren: Durch demokratische Institutionen konnten kritische Bürger die repräsentative Demokratie neu beleben. "Anstatt eine Herausforderung für die demokratischen Ideale darzustellen, wirken sich die Veränderungen in der politischen Unterstützung auf den Stil der demokratischen Politik aus" (Dalton, 2004, S. 200).

Eine dritte, bescheidenere Behauptung in der Literatur besagt schließlich, dass ein niedriges und sinkendes Maß an politischem Vertrauen nicht zwangsläufig zu einer Krise der repräsentativen Demokratie und/oder ihrer Institutionen führt, sondern vielmehr eine

demokratische Fehlentwicklung widerspiegelt, wie der Kanarienvogel im Kohlebergwerk, der vor Gaslecks warnt (Norris, 2011).

Vier Bereiche von Interesse

Ein Großteil der Forschung über politisches Vertrauen befasst sich mit dessen angeblicher Bedeutung für die Stabilität der repräsentativen Demokratie. Das übergreifende Narrativ kann analytisch in vier Diskussionsthemen unterteilt werden. Das erste befasst sich mit dem konzeptionellen Charakter von politischem Vertrauen. Das zweite Thema ist

deskriptiv und konzentriert sich empirisch auf die Längsschnittrends und länderübergreifenden Unterschiede im politischen Vertrauen. Das dritte Thema der Debatte dreht sich um die individuellen und kontextuellen Ursachen des politischen Vertrauens. Das vierte Thema befasst sich mit den Folgen des politischen Vertrauens auf der Mikro-, Meso- und Makroebene. Überraschenderweise ist dieser Bereich jedoch empirisch am wenigsten entwickelt.

Der Rest dieses Beitrags befasst sich mit jedem dieser vier Themen - konzeptionell, beschreibend, determinierend und Konsequenzen - in Bezug auf die übergreifende Debatte.

Konzeptualisierung des politischen Vertrauens

Politisches Vertrauen und politische Unterstützung

In diesem Artikel verwende ich in erster Linie den Begriff "politisches Vertrauen". In der Literatur werden jedoch zahlreiche Entsprechungen verwendet, darunter Vertrauen in die Regierung und Vertrauen in politische Institutionen. Während wir konzeptionell zwischen Vertrauen und Zuversicht unterscheiden können, sind die beiden empirisch kaum voneinander zu trennen.

Die Bedeutung von politischem Vertrauen für die repräsentative Demokratie liegt in den drei Arten, in denen Vertrauen von dem allgemeineren Konzept der politischen Unterstützung unterschieden wurde.

Erstens: In Eastons herkömmlicher Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung wird politisches Vertrauen als typischer Ausdruck diffuser Unterstützung charakterisiert (Easton, 1975, S. 447). Während spezifische Unterstützung inhaltsabhängig ist und sich auf die Bewertung von Ergebnissen stützt, ist diffuse Unterstützung eher affektiv und hängt nicht von der kurzfristigen Zufriedenheit mit bestimmten Ergebnissen ab. Nach Easton (1975, S. 447) würde "das Vorhandensein von Vertrauen bedeuten, dass die Mitglieder das Gefühl haben, dass ihre eigenen Interessen beachtet werden, selbst wenn die Behörden wenig Überwachung oder Kontrolle ausgesetzt sind". Spätere Autoren haben jedoch die Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung angewandt, um den Abstraktionsgrad der Objekte zu erörtern, wobei politische Akteure am spezifischsten und demokratische Werte am diffusesten sind (z. B. Norris, 1999, 2011).

Zweitens wird davon ausgegangen, dass politisches Vertrauen eine bestimmte Reihe von Objekten hat (Norris, 1999, 2011), insbesondere die politischen Institutionen des Regimes (insbesondere Parlament und Regierung) und die Verfahren des Regimes (wie Verfahrensregeln). Einerseits schließt die Definition von politischem Vertrauen durch seine Objekte abstraktere Objekte wie die Gemeinschaft und demokratische Prinzipien aus, die üblicherweise weniger umstritten und unbeständig sind. Andererseits schließt sie auch die einzelnen politischen Akteure, die die Institutionen bevölkern, und die einzelnen Politiken, die das Ergebnis sind, aus: Akteure und Politiken sollten nicht direkt die Stabilität des Regimes und seiner Institutionen betreffen, solange die Bürger institutionell in die Lage versetzt werden, "die Schurken rauszuwerfen". In konzeptioneller Hinsicht betrifft politisches Vertrauen also die

Objekte - Institutionen und Verfahren -, die die übergreifenden demokratischen Grundsätze mit den alltäglichen Akteuren und Maßnahmen verbinden (siehe Abbildung 1). Obwohl es sich konzeptionell unterscheidet, stellen Wissenschaftler empirisch fest, dass politisches Vertrauen sowohl mit der Unterstützung von Grundsätzen als auch mit der Unterstützung politischer Akteure zusammenhängt.

Das dritte einzigartige Merkmal von politischem Vertrauen im Vergleich zum allgemeineren Begriff der politischen Unterstützung ist der relationale und situative Aspekt, der dem Vertrauen innewohnt. Vertrauensbeziehungen werden durch den Grad der Unsicherheit und/oder Verwundbarkeit des Subjekts in Bezug auf das zukünftige Verhalten des Objekts definiert. Während Unterstützung auch dann zum Ausdruck gebracht werden kann, wenn man sich der Ergebnisse vollkommen sicher ist oder wenn die Ergebnisse für das Subjekt überhaupt keine Rolle spielen, ist Vertrauen vor allem in Zeiten der Unsicherheit über die Ergebnisse relevant. Das Subjekt des politischen Vertrauens (der Vertrauensgeber) ist auf die eine oder andere Weise durch die Handlungen des Objekts (des Treuhänders) gefährdet. Je größer das Risiko ist, desto schwieriger ist es, zu vertrauen, aber desto wichtiger sind Vertrauensbeziehungen, um die ständige, kostspielige Überwachung der Regierung zu verhindern.

Vertrauen ist also ein relationales Konzept, das das Subjekt (das vertraut) mit dem Objekt (dem vertraut wird) verbindet. In der Tat behaupten wir üblicherweise nicht, dass Person A ohne Bezug auf ein Vertrauensobjekt vertraut. Im alltäglichen Sprachgebrauch ist Vertrauen auch an Bedingungen geknüpft: Es wird in Bezug auf bestimmte (Arten von) Handlungen oder Umgebungen ausgedrückt oder verweigert. Vertrauen wird daher ausgedrückt als "A vertraut B, dass er X tut" (Hardin, 2000, S. 26).

Politisches Vertrauen als Relation

In diesem rationalen und relationalen Ansatz hat politisches Vertrauen einen bewertenden Charakter. *Die Frage, was evaluiert wird*, beschäftigt die Wissenschaftler in diesem Bereich seit Jahrzehnten. Beim evaluativen Ansatz können wir vier Elemente des Vertrauens unterscheiden: (a) Vertrauen in die Kompetenz des Objekts, im Interesse des Subjekts zu handeln, (b) Vertrauen, dass das Objekt dem Subjekt wohlgesonnen ist, (c) Vertrauen, dass die Verpflichtung des Objekts vom Subjekt durchgesetzt werden kann oder dass das Objekt anderweitig zur Rechenschaft gezogen werden kann, und (d) Vertrauen, dass das Verhalten des Objekts vorhersehbar ist. Ob und wie diese Elemente auf das Vertrauen in politische Institutionen und demokratische Verfahren angewandt werden können, ist Gegenstand von Diskussionen. Es ist schwierig zu argumentieren, dass man die Art oder das Engagement einer unpersönlichen Institution auf dieselbe Weise bewerten kann wie die Art oder das Engagement von Personen, z. B. von Gleichaltrigen. Indirekt kann man jedoch bewerten, wie Institutionen und Verfahren die Personen, die in ihnen agieren, gegenüber den Wählern stimulieren oder einschränken: ihre Kompetenz (starke Leistung), Sorgfalt (Verhältnismäßigkeit, Minderheitenrechte), durchsetzbare Verpflichtung (Rechenschaftspflicht) und Vorhersehbarkeit (Stabilität der Institutionen und Akteure des Regimes; Zuverlässigkeit der politischen Ergebnisse).

Object of support

↑
DIFFUSE

Political community
Regime principles/values
Regime performance
Regime institutions
Officeholders/authorities

↓
SPECIFIC

} **Political trust**

Motivation of trust and distrust

← POSITIVE

NEGATIVE →

skepticism

{ Competence
Care
Accountability
Reliability

} Cynicism

Abbildung 1. Eine konzeptionelle Karte des politischen Vertrauens.

Vertrauen, Skepsis und Demokratie

Während Vertrauen die positive Bewertung bestimmter Objekte durch die Subjekte in einer Situation der Ungewissheit oder Verletzlichkeit widerspiegelt, sollte das Fehlen von Vertrauen nicht einfach mit dem Vorhandensein von Misstrauen gleichgesetzt werden. Eine wichtige Mittelkategorie bildet die Kategorie des Skeptizismus, also die Einstellung, das Urteil in Erwartung zusätzlicher Informationen auszusetzen. Politischer Zynismus hingegen ist die Haltung, die das Schlimmste von der Natur der politischen Objekte (Akteure, Institutionen) annimmt, was sich in ihrer wahrgenommenen Inkompetenz und ihrem Egoismus widerspiegelt.

Obwohl politisches Vertrauen oft als eine wünschenswerte oder sogar notwendige demokratische Eigenschaft angesehen wird, erfordern lebendige Demokratien nicht einfach politisches Vertrauen, unabhängig von Gegenstand und Umständen. Während politisches Vertrauen aus verwaltungstechnischer Sicht sowohl in Demokratien als auch in Nicht-Demokratien wünschenswert wäre (da es eine freiwillige Einhaltung der Gesetze impliziert und die reibungslose Umsetzung der Politik von oben nach unten fördert), würde man aus liberal-demokratischer Sicht eine wachsame Skepsis fordern, um das Engagement der Bürger aufrechtzuerhalten und das Handeln der Regierung zu überwachen.

Sicherlich ist es schwer, sich eine repräsentative Demokratie vorzustellen, wenn die demokratischen Grundsätze und Werte nicht tief in der Gesellschaft verankert sind. Die Unterstützung dieser demokratischen Grundsätze sollte jedoch nicht in blindes Vertrauen in die Leistung oder die Institutionen umschlagen, geschweige denn in bedingungslose Unterstützung für die Amtsinhaber. Mangelndes politisches Vertrauen muss der repräsentativen Demokratie nicht abträglich sein.

Wissenschaftler haben Bezeichnungen wie "skeptisch", "kritisch", "wachsam" und "durchsetzungsfähig" verwendet, um Bürger zu beschreiben, die kein Vertrauen haben, aber dennoch die Demokratie stärken, und sei es nur, weil ihr Mangel an Vertrauen ihr Engagement fördert: "Demokratie setzt Vertrauen voraus, aber auch eine aktive und wachsame Bürgerschaft mit einer gesunden Skepsis gegenüber der Regierung und der Bereitschaft, bei Bedarf das Vertrauen auszusetzen und die Kontrolle über die Regierung zu übernehmen - zumindest durch Ablösung der aktuellen Regierung" (Mishler & Rose, 1997, S. 419).

Die Reflexion konzeptioneller Überlegungen in den Methoden der Datenerhebung

Offensichtlich spiegelt sich die konzeptionelle Feinabstimmung des politischen Vertrauens nicht unbedingt in den Ergebnissen der empirischen Forschung zum Verständnis der Bürger von politischem Vertrauen wider. Im täglichen Gebrauch ist Vertrauen ein eher vager Begriff geblieben, was sich auf den Aufbau und die Ergebnisse empirischer Studien auswirkt. Das meiste empirische Wissen über politisches Vertrauen stammt aus der Umfrageforschung. Viele der oben genannten konzeptionellen Unterscheidungen werden in den Umfragedesigns oder in den Antworten der Befragten nicht berücksichtigt. In Umfragen werden in der Regel Fragen zur positiven Einstellung (politisches Vertrauen) gestellt. Diese wird entweder mit dem Fehlen von Vertrauen (d. h. Misstrauen) oder mit der negativen Einstellung (d. h. Misstrauen) verglichen,

aber nicht mit beiden. Bei ersterem werden Skepsis und Misstrauen miteinander vermengt, während bei letzterem der mögliche Mittelweg der Skepsis übersehen wird.

Trotz konzeptioneller Unterscheidungen zwischen verschiedenen Objekten des politischen Vertrauens ist das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen - Parlament und Regierung, Polizei und Justiz - empirisch gesehen eng miteinander verbunden. Auch wenn die Vertrauensniveaus auf der Gesamtebene unterschiedlich sein mögen, machen viele Bürger keinen großen Unterschied zwischen den verschiedenen politischen Institutionen. Daher ist das politische Vertrauen möglicherweise nicht so objektspezifisch wie die eher evaluativen Ansätze in der Literatur.

heuristisch anzunehmen. In den letzten Jahren haben verschiedene Wissenschaftler fortschrittliche statistische Methoden angewandt, um zu beweisen, dass das Vertrauen in ein breites Spektrum politischer und sogar zivilgesellschaftlicher Institutionen empirisch auf einen einzigen zugrundeliegenden Faktor reduziert werden kann, ohne dabei viel Information zu verlieren.

Politisches Vertrauen rund um den Globus

Abbildung 2 gibt einen Überblick über das politische Vertrauen (hier definiert als Vertrauen in die Regierung und Vertrauen in das Parlament) in der ganzen Welt, basierend auf dem World Values Survey (WVS) von 2010-2014. Es fällt vor allem auf, dass das politische Vertrauen in illiberalen Regimen wie Usbekistan, China, Aserbaidschan, Katar, Singapur und Malaysia am höchsten ist. Diese hohen Werte sind ein konsistentes Ergebnis; dennoch ist unklar, was sie bedeuten. Sie können auf methodische Fehler zurückzuführen sein, wie z. B. ein ungültiges Messinstrument (z. B. aufgrund der Furcht der Befragten, kritisch zu antworten) oder eine ungleiche Bedeutung (siehe Shi, 2014, für eine Diskussion). Oder sie können durch theoretische Gründe verursacht werden, wie z. B. stärkere Gefühle der Loyalität ("Treue") gegenüber dem Regime (siehe Welzel & Dalton, 2015).

Das Vertrauen in die Politik ist in den etablierten Demokratien relativ gering: In den meisten von ihnen vertraut nur eine Minderheit der Befragten dem Parlament und/oder der Regierung. In Abbildung 2 sind Schweden und Deutschland Ausnahmen. Wie Abbildung 3 zeigt, ist die hohe Vertrauensrate in Schweden ziemlich typisch für die anderen nordischen Länder (Dänemark, Norwegen, Finnland), ebenso wie die niedrigen Vertrauensraten in Polen, Rumänien und Slowenien eher typisch für die postkommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa sind.

Es ist jedoch zu beachten, dass die Messung der politischen Vertrauensraten stark von der spezifischen Formulierung der Frage und der Anzahl und Art der angebotenen Kategorien abhängt.

Langfristige Trends und länderübergreifende Rankings sind daher wichtigere Informationsquellen als der absolute Prozentsatz in einem einzelnen Land.

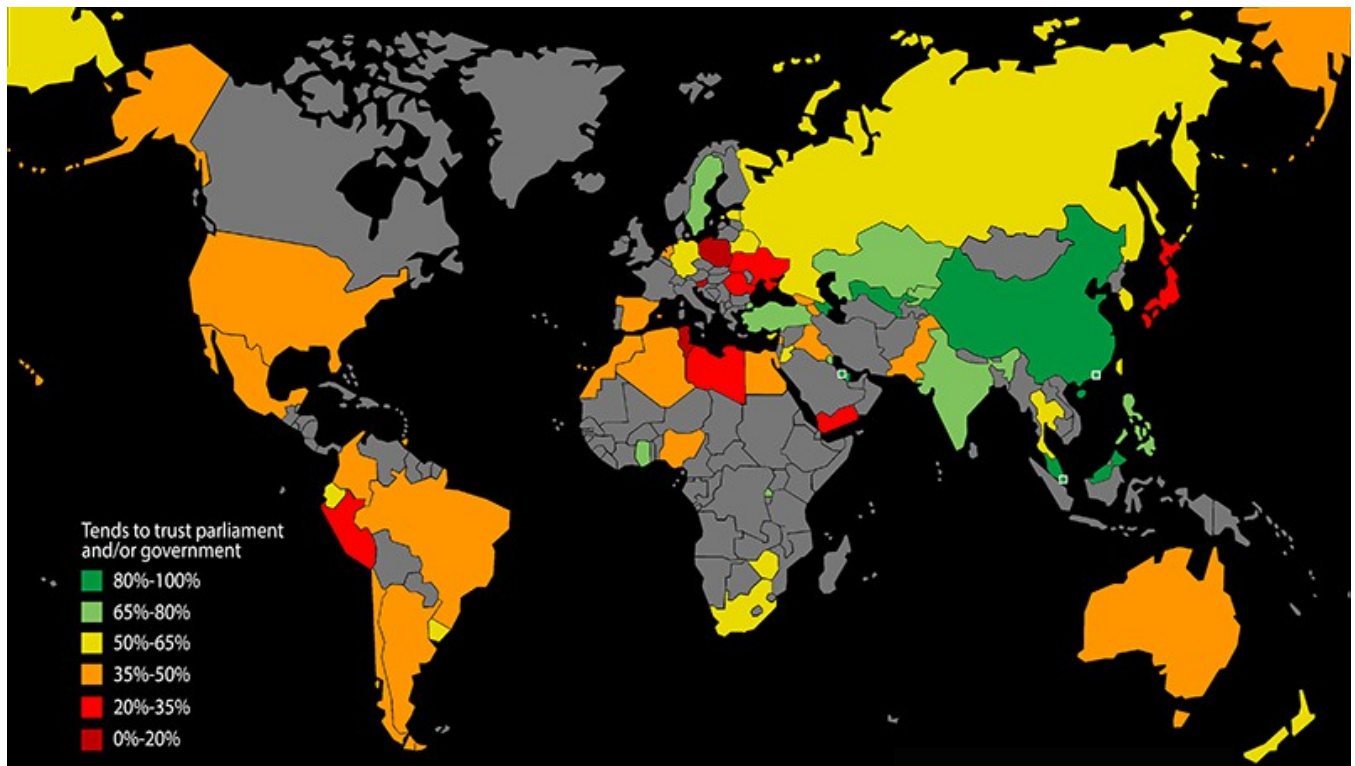


Abbildung 2. Politisches Vertrauen in der ganzen Welt, WVS, 2010-2014.

Quelle: World Values Survey 2010-2014.

Doch selbst die länderübergreifende Rangliste sollte mit Vorsicht genossen werden, da die Werte für politisches Vertrauen im Laufe der Zeit recht unbeständig sind. In den westlichen Ländern schwankt das politische Vertrauen innerhalb von Bandbreiten um einen relativ stabilen Mittelwert. Dennoch wirken sich diese Schwankungen auf die in Abbildung 2 beschriebene Rangfolge der Länder aus. Dies wird in Abbildung 3 gut veranschaulicht, in der das linke Feld die politischen Vertrauensraten in Europa gemäß der WVS 2005-2009 und das rechte Feld die politischen Vertrauensraten gemäß der European Values Survey (EVS) 2007-2009 wiedergibt. In beiden Erhebungen wurden dieselben Vertrauensfragen gestellt und sie liefen ziemlich zeitgleich, dennoch unterscheiden sich die Vertrauensraten. In der WVS ist das Vertrauen in die Politik in Deutschland geringer als im Vereinigten Königreich und in Schweden geringer als in Finnland, was sich in der EVS jedoch umkehrt. In Ländern wie den Niederlanden, Frankreich und Russland ist das Vertrauen in die Politik in der EVS höher als in der WVS, während dies in der Ukraine und Bulgarien umgekehrt ist. Dies spiegelt zumindest zum Teil den spezifischen Zeitpunkt der Feldarbeit in den beiden Erhebungen wider.

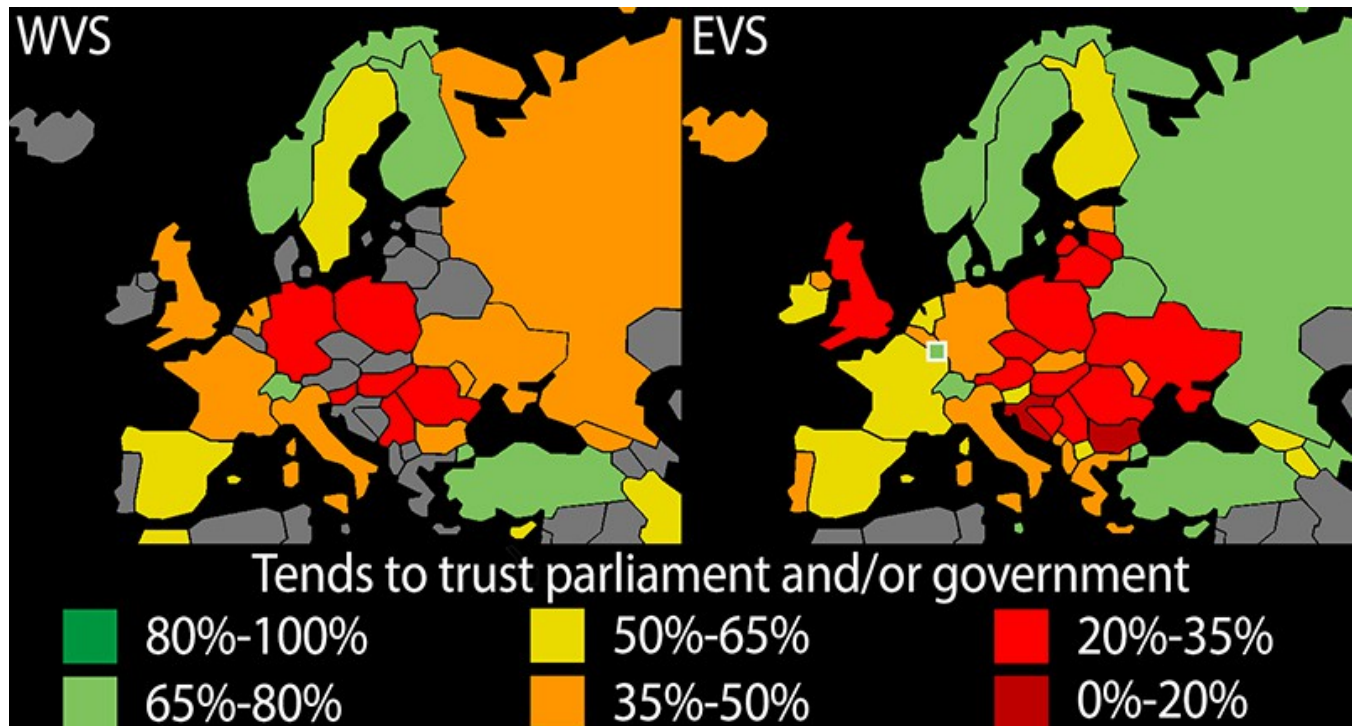


Abbildung 3. Politisches Vertrauen in Europa, 2005-2009, WVS und EVS.

Trends in etablierten Demokratien

Allgemeine Trends

Die zunehmende Besorgnis im Westen über den angeblichen Rückgang des politischen Vertrauens in den 1970er Jahren fiel mit zwei Phänomenen zusammen. Erstens erlebte die repräsentative Demokratie im Westen eine Gegenreaktion, die von den Erschießungen von John F. Kennedy, Martin Luther King und Robert Kennedy in den 1960er Jahren und dem Watergate-Skandal in den 1970er Jahren bis zum Wiederaufleben des Autoritarismus in Südeuropa reichte. Zweitens stellten die Studentenrevolten der späten 1960er Jahre die politischen und gesellschaftlichen Autoritäten in Frage und damit auch den traditionellen Aufbau demokratischer Herrschaft.

Seitdem gibt es eine mehr oder weniger ununterbrochene Debatte über die Entwicklung des politischen Vertrauens. Als in den 1990er Jahren mehr und längere Zeitreihendaten zur Verfügung standen, begann sich die Debatte vor allem auf die Art dieser Trends zu konzentrieren. Wie sind die Veränderungen des politischen Vertrauens zu verstehen?

Viele haben argumentiert, dass die Trends beim politischen Vertrauen einen strukturellen Rückgang darstellen. Andere wiederum meinen, dass politisches Vertrauen vor allem als Reaktion auf wiederkehrende Ereignisse von unterschiedlicher Dauer und Intensität schwankt: Es gibt mehrere kurzfristige Rückgänge, von denen sich Demokratien in der Regel erholen. Die Debatte ist bis heute unentschieden und hängt sowohl vom Gegenstand des Vertrauens als auch von der Länge der Zeitreihen ab.

Wenn wir die Debatte nach diesen Gesichtspunkten aufschlüsseln, stellen wir fest, dass die öffentliche Unterstützung für demokratische Grundsätze über die Jahre hinweg sehr hoch geblieben ist. Auch die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie hat in vielen europäischen Ländern seit den 1970er Jahren zugenommen. Auch wenn in verschiedenen Umfragen ein Unterton der Unterstützung für eine technokratische Herrschaft oder für starke Führer zu erkennen ist, fordern dieselben Befragten auch mehr direkte Demokratie. Die Unterstützung für diese alternativen Regierungsformen muss also nicht als undemokratisch angesehen werden. Vielmehr, wie John Hibbing und Elizabeth Theiss-Morse (2002) schlagen in *Stealth Democracy* vor, dass dies stattdessen die Unterstützung für ein demokratisches Modell widerspiegeln könnte, in dem die Bürger die Politik einer starken Führung überlassen, von der erwartet wird, dass sie im öffentlichen Interesse handelt, die aber von der Öffentlichkeit überstimmt werden kann, wenn es nötig ist.

Die Trends beim politischen Vertrauen weisen im Laufe der Zeit stärkere Schwankungen auf. Diese Schwankungen erschweren es, zu beurteilen, ob der langfristige Trend stabil ist oder einen langsamen, aber grundlegenden Rückgang widerspiegelt. Man könnte argumentieren, dass das Vertrauen langfristig, d. h. seit den 1950er oder 1970er Jahren in vielen westlichen Ländern, zurückgegangen ist. Dalton (2004) argumentiert, dass es einen solchen Rückgang gegeben hat, auch wenn er in den verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten einsetzte. Andererseits argumentiert Norris (2011), dass es keine Belege für einen strukturellen Abwärtstrend des politischen Vertrauens seit den 1990er Jahren gibt.

Nord-Amerika

Die Vereinigten Staaten sind ein Beispiel für ein Land, das in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg einen starken Rückgang erlebt hat. Das Vertrauen in die Regierung ist in den Vereinigten Staaten zwischen 1958 (Präsidentschaft Eisenhower) und 1980 (Präsidentschaft Carter) stark zurückgegangen, als sich die Vertrauensquoten mehr als halbiert haben (von über 70 % auf unter 30 %), wie aus den vom Pew Research Center auf der Grundlage einer Reihe von Umfragen und Erhebungen berechneten gleitenden Durchschnittswerten hervorgeht (siehe Abbildung 4). Doch obwohl das Vertrauen in die Regierung seither stark schwankte (während der Präsidentschaft Reagans, am Ende der Präsidentschaft Clintons und nach dem 11. September 2001), spiegelte es keinen strukturellen Abwärtstrend mehr wider (siehe Citrin & Luks, 2001; Dalton, 2004). In Kanada kam es zwischen den 1960er und den frühen 1990er Jahren zu einem weniger ausgeprägten, aber sichtbaren Rückgang des politischen Vertrauens.

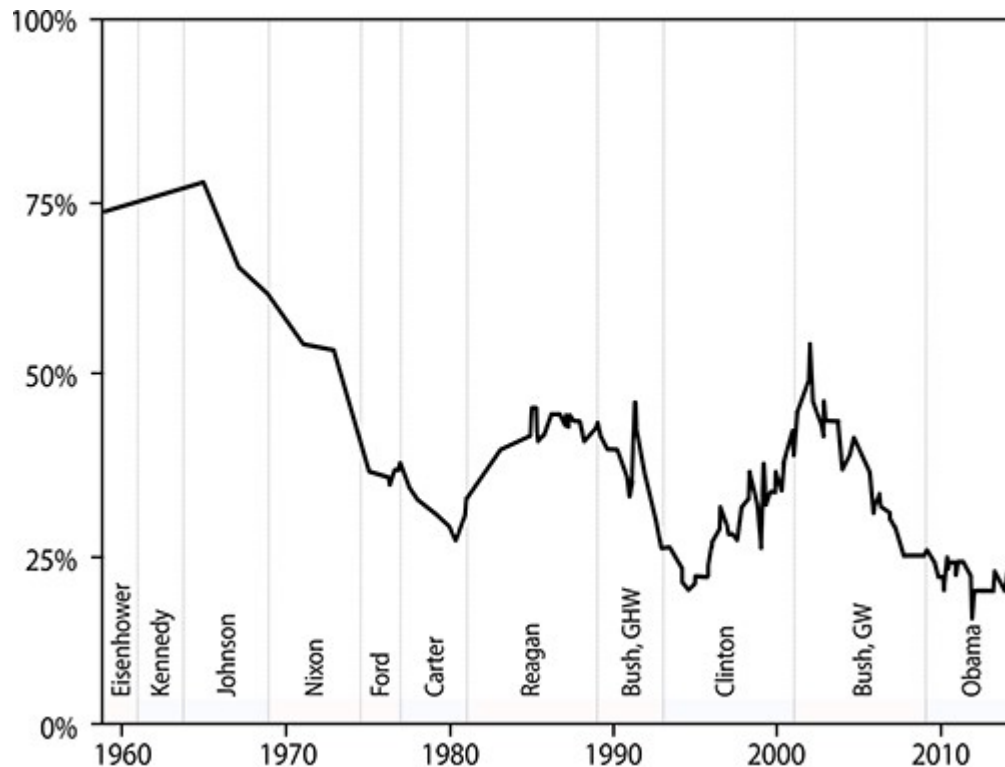


Abbildung 4. Vertrauen in die Regierung in den Vereinigten Staaten, 1958-2014.

(Quelle: Pew Research Center)

West- und Südeuropa

Leider beruhen solche langfristigen Trends in den etablierten Demokratien West- und Südeuropas auf einem Mangel an Daten, die oft viele Lücken aufweisen, oder auf eher indirekten Messungen des politischen Vertrauens. Ein Rückgang des politischen Vertrauens muss vor allem in den 1960er und 1970er Jahren stattgefunden haben, bevor er sich in den 1990er und 2000er Jahren abflachte. Am höchsten ist das Vertrauen traditionell in den nordischen Ländern, gefolgt von den übrigen nordwesteuropäischen Ländern. Diese Länder haben eine relativ lange demokratische Tradition und ein geringes Maß an Korruption. In Südeuropa, wo viele Länder mit dem Erbe des Autoritarismus und/oder des weit verbreiteten Klientelismus zu kämpfen haben, ist das Vertrauensniveau niedriger. Diese regionalen Unterschiede verstärkten sich, als die südeuropäischen Demokratien von der Rezession und der anschließenden Sparpolitik nach 2007 besonders hart getroffen wurden: Das Vertrauen in die Regierung und die Zufriedenheit mit der Demokratie gingen in Südeuropa um mehr als 25 Prozentpunkte zurück, während sie laut Eurobarometer-Daten im Norden trendlose Schwankungen aufwiesen.

Die große Rezession

Die große Rezession, die den Westen nach 2007 traf, ist ein besonders interessantes Ereignis für die Untersuchung des politischen Vertrauens. Sie hat zu einer Reihe von neuen Studien geführt, die die Auswirkungen der Rezession auf das politische Vertrauen untersuchen. Vor allem in Europa führte die Rezession zu einem starken und recht lang anhaltenden Rückgang des

politischen Vertrauens. In den am stärksten betroffenen Ländern sank das Vertrauen in die Politik am stärksten

besonders in Griechenland und Spanien (Armingeon & Guthmann, 2014). Die Rezession untergrub nicht nur das Vertrauen in politische Institutionen, sondern auch (in den meisten Ländern in etwas geringerem Maße) die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie.

Die Rezession als wirtschaftlicher Abschwung fiel in Europa mit verschiedenen politischen und Führungskrisen (in Bezug auf die internationale Solidarität), der wiederholten Sorge um den Zusammenbruch der Europäischen Währungsunion und der Umsetzung der Sparpolitik in Ländern wie Irland, Portugal, Italien und Griechenland zusammen. Es ist schwierig, die Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs selbst von den nachfolgenden politischen Reaktionen analytisch zu trennen. Dennoch lässt sich der Rückgang des politischen Vertrauens nach Beginn der großen Rezession statistisch durch den Abschwung bei drei makroökonomischen Indikatoren (Wachstum, Arbeitslosenquote und in geringerem Maße Inflation) erklären und bedarf keiner zusätzlichen Erklärungen (Van Erkel & Van der Meer, 2015).

Divergierende Trends

In den 1990er Jahren stellten verschiedene Wissenschaftler die divergierenden Trends bei der Unterstützung allgemeiner demokratischer Grundsätze einerseits und dem Vertrauen in politische Institutionen andererseits fest (siehe Kaase & Newton, 1995; Klingemann & Fuchs, 1995). Diese Kombination aus relativ hoher und stabiler Unterstützung für demokratische Prinzipien und das Funktionieren der Demokratie und schwankendem oder sogar abnehmendem Vertrauen in politische Institutionen wie Regierung und Parlament deutet auf den Aufstieg des kritischen Bürgers hin. Ingleharts (1997) Konzept des Postmaterialismus bietet eine Erklärung für diesen langsamen Wandel, da ältere Jahrgänge durch jüngere Generationen von Bürgern ersetzt werden, die von demokratischen Grundsätzen durchdrungen sind, aber den Behörden skeptisch oder sogar misstrauisch gegenüberstehen.

Die Darstellung einer anhaltenden Krise des politischen Vertrauens in die etablierten Demokratien bleibt daher umstritten. In den letzten Jahrzehnten ging ein hohes Maß an Unterstützung für demokratische Grundsätze mit einem geringen Maß an Vertrauen in die politischen Institutionen einher. Zumindest bisher haben diese niedrigen Vertrauensraten nicht zu einer Untergrabung der Unterstützung für das Regime selbst geführt. Darüber hinaus ist das politische Vertrauen, obwohl es relativ niedrig ist, in den letzten Jahrzehnten nicht strukturell gesunken. Vielmehr reagierten die Vertrauensraten auf das Verhalten, die (makroökonomische) Leistung und die Skandale im Umfeld der Machthaber.

Politisches Vertrauen in anderen Regionen der Welt

Während ein Großteil unseres Verständnisses der Determinanten des politischen Vertrauens auf den etablierten Demokratien in Nordamerika und Westeuropa beruht, konnten Wissenschaftler in den letzten Jahrzehnten andere Regionen systematischer untersuchen (siehe Zmerli & Van der Meer, 2016). Dabei sind bemerkenswerte Parallelen und Unterschiede zutage getreten.

In den Analysen zum politischen Vertrauen in Mittel- und Osteuropa wird in erster Linie der Übergang vom Kommunismus zur liberalen Demokratie nach 1989 beschrieben (Mishler & Rose, 1997). Während das politische Vertrauen zu Beginn nahe am Niveau etablierter Demokratien lag - was als so genannter "Honeymoon-Effekt" beschrieben wird -, nahm es in den 1990er und 2000er Jahren langsam ab. Dieser Rückgang scheint seitdem seinen Tiefpunkt erreicht zu haben. Wie die Abbildungen 2 und 3 zeigen, ist das Vertrauen in Teil- und Nicht-Demokratien bemerkenswerterweise höher als in den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa.

Europa. Nach den Daten der Europäischen Werteerhebung 2007-2009 sind die Länder mit den höchsten Vertrauensquoten in der Region Aserbaidschan, Belarus und Russland; Aserbaidschan steht auf dem Kontinent an erster Stelle. Über die Gründe für diesen Unterschied kann man nur spekulieren. Möglicherweise hat politisches Vertrauen in Nicht-Demokratien nicht die gleiche Bedeutung. Es könnte für die Umfrageforschung schwieriger sein, die Einstellung der Bürger in Nicht-Demokratien valide zu erfassen. Oder die Quellen des politischen Vertrauens sind in vollständigen Demokratien einfach anders als in Nicht-Demokratien: Vertrauen ist vielleicht weniger das Ergebnis von Verfahrensgerechtigkeit als von sozialer Stabilität, kulturellem Konservatismus und politischer Strenge.

Die Demokratien in Lateinamerika scheinen sich nach einer langen Geschichte gescheiterter Übergänge und autoritärer Herrschaft zu konsolidieren. In den letzten Jahrzehnten hat die Region einen fruchtbaren Boden für neue Studien über politisches Vertrauen geboten. Insbesondere das Vertrauen in die Regierung hat in den letzten Jahren einen Aufwärtstrend gezeigt, wodurch sich die Kluft verringert hat. Darüber hinaus zeigt die umfassende Analyse von Bargsted, Somma und Castillo (2016), dass Schwankungen des politischen Vertrauens innerhalb eines Landes in Lateinamerika mit Veränderungen der politischen Leistung einhergehen, ähnlich wie in den etablierten Demokratien Westeuropas und Nordamerikas. Gleichzeitig weist Lateinamerika jedoch einzigartige Merkmale auf: Das politische Vertrauen wird gestärkt, wenn die Regierung einen deutlichen Linksruck vollzieht, wie es in den letzten Jahrzehnten immer wieder der Fall war.

Welzel und Dalton (2015) zeigen, dass die neuen Demokratien Lateinamerikas und die postkommunistischen Demokratien Mittel- und Osteuropas durch eine politische Kultur geringer Bürgerloyalität gekennzeichnet sind, d. h. durch "Orientierungen, die die Bürger loyal an ihre Gesellschaft und deren institutionelle Ordnung binden" (S. 291). Damit unterscheiden sie sich am deutlichsten von drei anderen Regionen - Süd- und Ostasien, Afrika südlich der Sahara und dem arabischen Raum -, die im Gegensatz dazu eine hohe Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat und seinen Institutionen aufweisen. Dies bedeutet, dass das politische Vertrauen in den letztgenannten Regionen eher Ausdruck von Loyalität als von Skepsis ist.

Süd- und Ostasien sind besonders interessante Regionen, um politisches Vertrauen zu untersuchen, da sie Demokratien, autoritäre Regime und hybride Systeme umfassen. Zwei grundlegende Streitpunkte sind die Frage, ob politisches Vertrauen in so unterschiedlichen Systemen die gleiche Bedeutung hat, und wenn ja, ob es in weniger demokratischen Systemen auf gültige und zuverlässige Weise gemessen werden kann (siehe Shi, 2014, S. 239-245). Die Quoten des politischen Vertrauens waren in gut funktionierenden autoritären Regimen höher als in den demokratischen Regimen der Region (Park, 2016). Dennoch scheinen die Maßstäbe unterschiedlich zu sein. Autoritäre Regime werden hauptsächlich nach ihrer (wirtschaftlichen) Leistung beurteilt, während demokratische Regime auf der Grundlage demokratischer Grundsätze bewertet werden. Dies deutet darauf hin, dass die Aufrechterhaltung eines hohen Vertrauensniveaus in nicht-demokratischen Gesellschaften von einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum abhängt. Im Gegensatz dazu untergräbt die Wahrnehmung von Korruption das politische Vertrauen in demokratische Regime in Ostasien stark und beständig (Chang & Chu, 2006), ähnlich wie in den etablierten Demokratien in Nordamerika und Westeuropa.

Afrika und der arabische Raum schließlich sind nach wie vor die am wenigsten untersuchten Regionen der Welt, wenn es um die Vertrauensforschung geht. Der Hauptgrund dafür sind offensichtlich die begrenzten Daten.

Dennoch ist dieses Versäumnis aus theoretischer Sicht überraschend, wenn man bedenkt, welche grundlegenden und unterschiedlichen Ereignisse in beiden Regionen stattgefunden haben. Die Aufstände des Arabischen Frühlings sind nur eines von vielen aktuellen Beispielen. Hutchison und Johnson (2016) zeigen, dass insbesondere afrikanische Länder südlich der Sahara vor großen Herausforderungen stehen, wenn es darum geht, politisches Vertrauen zu erlangen und zu erhalten: Politisches Vertrauen ist gerechtfertigt

wenn die Regime in der Lage sind, die Integrität des Staates zu wahren (gegen äußere Bedrohungen und wenn es eine effiziente Regierung gibt, die ihre Bürger besteuert). Diese Forderungen sind grundlegender als die Forderungen nach wirtschaftlicher Leistung und guter Regierungsführung, die Regierungen in repräsentativen Demokratien erfüllen müssen. Hutchison und Johnson zeigen jedoch auch, dass die Bürger in afrikanischen Ländern trotz dieser wichtigen kontextuellen Unterschiede den Bürgern in traditionelleren Demokratien nicht unähnlich sind: Wenn es eine afrikanische Besonderheit gibt, dann liegt das am Kontext und nicht an den Bürgern selbst.

Alles in allem sind die repräsentativen Demokratien auf der ganzen Welt mit einer ähnlichen Kombination aus relativ hoher Unterstützung für die Demokratie und relativ geringem Vertrauen in die politischen Institutionen konfrontiert. Soweit Zeitreihendaten über einen längeren Zeitraum verfügbar sind, gibt es jedoch nur in den ehemals kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas Hinweise auf einen langsamen Rückgang des politischen Vertrauens in den letzten Jahrzehnten.

Determinanten des politischen Vertrauens

Der umfangreichste Teilbereich der Literatur über politisches Vertrauen befasst sich mit dessen Determinanten. Die Breite und Tiefe dieses riesigen Teilbereichs lässt sich nicht ohne Weiteres in einem einzigen Artikel zusammenfassen (für einen ausführlicheren Überblick siehe Zmerli & Van der Meer, 2016). Es umfasst Studien auf der Mikroebene (Individuen), der Mesoebene (Organisationen) und der Makroebene (Länder). In der Forschung werden Subjektmerkmale (d. h. die Vertrauensperson) und Objektmerkmale (d. h. die vertrauenswürdigen politischen Objekte) untersucht, um die Vertrauensbeziehung zu erklären. In den letzten Jahren sind diese verschiedenen Ansätze zunehmend integriert worden, entsprechend der Idee, dass politisches Vertrauen konzeptionell ein Beziehungsmerkmal zwischen Subjekt und Objekt ist. Der Ansatz "Vertrauen als Bewertung" geht über die Konzentration auf Effekte hinaus und wendet sich der Modellierung von Mechanismen zu, die diese Effekte erklären sollen.

In dem Maße, in dem politisches Vertrauen tatsächlich eine Bewertung des Objekts durch das Subjekt ist, gibt es ein fehlendes Glied. Dieses fehlende Glied ist der Maßstab oder Standard, an dem die Politik gemessen wird. Dieser Maßstab kann durch subjektive oder gemeinsame Werte, durch Vergleiche mit anderen Gemeinschaften/Ländern oder durch Erwartungen, die sich aus früheren Leistungen ergeben, gebildet werden. Weit verbreitete Korruption untergräbt das politische Vertrauen eher bei denjenigen, die eine neutrale Regierung mehr schätzen. Niedrige Erwartungen werden wahrscheinlich die Bewertungen fördern. Die Bedeutung von Maßstäben und Standards wird in der Literatur über politisches Vertrauen nur selten aufgegriffen. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht implizit vorhanden sind. Länderübergreifende Studien zu den Determinanten des politischen Vertrauens gehen beispielsweise implizit davon aus, dass das Vertrauen das Ergebnis eines Vergleichs mit anderen Ländern (oder zumindest mit einem länderübergreifenden gleichwertigen Standard) ist. In ähnlicher Weise gehen Längsschnittstudien implizit davon aus, dass Vertrauen das Ergebnis eines historischen Vergleichs ist (oder an einem längsschnittlich äquivalenten Standard gemessen wird). Dies könnte erklären, warum Querschnitt- und Längsschnittstudien manchmal zu unterschiedlichen

Schlussfolgerungen kommen.

Korruption und Wahrnehmung von Fairness

Korrupte Praktiken sind in vielerlei Hinsicht dem politischen Vertrauen abträglich. Die weit verbreitete Korruption untergräbt Effizienz und Effektivität. Sie impliziert das Fehlen moralischer Skrupel. Sie gedeiht in einem institutionalisierten Mangel an Rechenschaftspflicht. Und Korruption ruft Unsicherheit und Ungleichheit hervor, sowohl auf

auf der Makroebene (von der Regierung beschlossene Maßnahmen) und auf der Mikroebene (die Umsetzung dieser Maßnahmen im Alltag). Korruption ist somit der Inbegriff einer schlechten Regierungsqualität.

Es ist daher nicht überraschend, dass Korruption die wichtigste Erklärung für die länderübergreifenden Unterschiede im politischen Vertrauen ist. In Ländern, in denen die Korruption hoch ist, sind die Vertrauensquoten deutlich niedriger. Dieser negative Effekt der Korruption hängt vom Bildungsniveau der Bürger ab: Hakhverdian und Mayne (2012) stellen fest, dass Korruption das politische Vertrauen bei den am höchsten Gebildeten stark untergräbt, bei den am niedrigsten Gebildeten aber keine signifikante Wirkung hat.

Innerhalb der Länder stehen die Erfahrungen der Bürger mit und ihre Wahrnehmung von Korruption ebenfalls in engem Zusammenhang mit dem politischen Misstrauen. Diejenigen, die Bestechungsgelder an das Justizsystem zahlen mussten, die die Regierung als korrupt wahrnehmen oder die die Regierung als unfähig ansehen, mit Korruption umzugehen, misstrauen der Politik eher. Uslaner (2016) gibt einen Überblick über die Auswirkungen von Korruptionswahrnehmungen und -erfahrungen in einer Vielzahl von Regionen und -demokratischen und nicht-demokratischen - Regimen auf der ganzen Welt und kommt zu dem Schluss, dass die Beziehung zwischen Korruption und Misstrauen tendenziell universell ist.

Die Qualität der Regierung wird auch anhand der (wahrgenommenen) Verfahrensgerechtigkeit beurteilt. Direkte Interaktionen mit Entscheidungsträgern oder Staatsbediensteten sind für das politische Vertrauen von Bedeutung. Dies liegt nicht nur daran, dass die Bürger von den Ergebnissen dieser Interaktionen betroffen sind, sondern auch daran, dass die Fairness des Prozesses die Bereitschaft der Bürger beeinflusst, Entscheidungen zu akzeptieren und letztlich der Politik zu vertrauen. Grimes (2016) gibt einen Überblick über diese boomende Literatur und zeigt, dass die Qualität der Regierung wichtig ist. Ein Element dieser verfahrenstechnischen Fairness kann jedoch ein zweischneidiges Schwert sein. Transparenz ist zwar ein wichtiger demokratischer Wert an sich, wirkt sich aber nicht uneingeschränkt positiv auf das politische Vertrauen aus: Es liegt in der Natur der Sache, dass Transparenz auch die Unzulänglichkeiten des politischen Systems ans Licht bringt.

Alles in allem sind Korruption und Verfahrensfairness sowohl in Querschnitts- als auch in Längsschnittstudien konsistente Erklärungen für politisches Vertrauen.

Makroökonomische Leistung

Die Leistung der Regierung wird seit langem als ein wichtiger Grund für politisches Vertrauen angesehen. Überraschenderweise beschränken sich empirische Analysen jedoch weitgehend auf eine bestimmte Gruppe von Leistungsindikatoren, nämlich makroökonomische Ergebnisse. Sicherlich ist die makroökonomische Leistung ein durchweg wichtiges Thema für die Bürger. Doch während die Regierungen von ihren Bürgern für den Zustand der Wirtschaft verantwortlich gemacht werden, sind ihre Möglichkeiten, die makroökonomischen Ergebnisse durch nationale Politik zu beeinflussen, in den letzten Jahrzehnten stetig gesunken.

Während *die subjektive Wahrnehmung* der makroökonomischen Ergebnisse auf der Mikroebene

durchgängig mit dem politischen Vertrauen zusammenhängt und das politische Vertrauen parallel zum Verbrauchervertrauen auf der Makroebene schwankt, konnten die Wissenschaftler keine konsistenten Auswirkungen *objektiver* makroökonomischer Ergebnisse auf

politisches Vertrauen. Unabhängig von dem untersuchten makroökonomischen Leistungsindikator sind die Ergebnisse bestenfalls uneinheitlich. Einige finden signifikante Auswirkungen, andere finden keine oder sehen sogar Hinweise auf umgekehrte Auswirkungen.

Für die unterschiedlichen Ergebnisse gibt es verschiedene Gründe. Erstens: Während Clusterkorrektur- und Mehrebenenmodelle in den letzten zehn Jahren üblich geworden sind, stützten sich frühere Studien oft auf weniger strenge methodische Designs, die Standardfehler unterschätzten oder individuelle und kontextuelle Effekte vermischten. Zweitens ist Korruption eine wichtige konkurrierende Erklärung für länderübergreifende Unterschiede im politischen Vertrauen. Studien, die ein länderübergreifendes, mehrstufiges Design verwenden und gleichzeitig Korruption berücksichtigen, finden in der Tat keine Auswirkungen der makroökonomischen Leistung auf politisches Vertrauen (Van der Meer & Hakhverdian, 2016).

Dies gilt jedoch nicht für Studien, die einen Längsschnittvergleich anstellen: Jüngste Erkenntnisse deuten darauf hin, dass dies die Längsschnittschwankungen erklärt (Bargsted et al., 2016; Van Erkel & Van der Meer, 2015). Dies würde bedeuten, dass die Leistung vor allem in Bezug auf die historischen Erwartungen und nicht im länderübergreifenden Vergleich von Bedeutung ist. Die Wirtschaftsleistung ist nicht der Korken, der das Vertrauen über Wasser hält, sondern eher die Flut, auf der es schwimmt.

Wahlinstitutionen

Neben der Qualität der Regierungsverfahren und der Qualität des Regierungsergebnisses haben Wissenschaftler die Rolle untersucht, die demokratische Input-Institutionen bei der Stärkung des politischen Vertrauens spielen. In der Debatte werden Repräsentation und Verhältniswahlrecht gegen Rechenschaftspflicht und Mehrheitswahlrecht gestellt. Während aus theoretischer Sicht sowohl eine repräsentative als auch eine rechenschaftspflichtige Regierung dem politischen Vertrauen zuträglich sein dürften, tendieren die Wahleinrichtungen dazu, das eine gegenüber dem anderen zu betonen. Landesweite proportionale Parteilistensysteme ermöglichen es politischen Minderheiten, relativ reibungslos in den Parlamenten vertreten zu sein, fördern aber tendenziell Koalitionsregierungen, da die politische Macht nicht in der Partei konzentriert ist, die die Mehrheit der Stimmen erhält. Im Gegensatz dazu begünstigt das Mehrheitswahlrecht die Bildung von Einparteienregierungen, wodurch die politischen Verantwortlichkeiten klarer zugewiesen werden. Politische Minderheiten - zumindest solche, die nicht geografisch gebündelt sind - sind jedoch viel seltener im Parlament vertreten, geschweige denn proportional zu ihrer Wahlbeteiligung.

Sowohl der Proportionalismus als auch der Majoritarismus dürften also theoretisch das politische Vertrauen stärken. Empirisch gesehen ist die Debatte recht ungelöst. Einige Studien belegen, dass das politische Vertrauen in Ländern mit einem stärkeren Proporzsystem höher ist, andere Studien zeigen, dass der Proporz dem politischen Vertrauen abträglich ist, während eine dritte Gruppe von Studien überhaupt keinen signifikanten Zusammenhang feststellt. Letztlich sind die Beweise für alle eher schwach.

Marien (2011) hat einen besonders interessanten Ausweg aus der theoretischen und empirischen

Sackgasse vorgeschlagen. Sie argumentiert, dass das politische Vertrauen in den proportionalsten und disproportionalsten Systemen am höchsten sein sollte, verglichen mit den Systemen mit unklarerer Wahlregeln. In einem Vergleich der europäischen Demokratien findet sie Belege für einen solchen kurvenförmigen Effekt.

Obwohl der Effekt robust gegenüber der Einbeziehung verschiedener anderer kontextueller Erklärungen ist, bleibt die Interpretation des kurvenförmigen Effekts umstritten, da die Analyse nur zwei wirklich unverhältnismäßige Länder enthält: Frankreich und das Vereinigte Königreich.

Proportionalismus und Majoritarismus wirken sich nicht nur auf das durchschnittliche Niveau des politischen Vertrauens aus, sondern auch auf dessen Zusammenhang mit anderen Faktoren. Anderson und Guillory (1997) betonen die Inklusivität und zeigen, dass Wahlsiege und -niederlagen in Ländern mit disproportionalen Systemen eine größere Rolle spielen, da die größte Partei in der Regel eine volle Mehrheit erhält. Folglich ist der Unterschied im politischen Vertrauen zwischen den Wahlgewinnern (die für die später regierenden Parteien gestimmt haben) und den Wahlverlierern (die für die später nicht regierenden Parteien gestimmt haben) in disproportionalen Systemen größer.

Da der Schwerpunkt auf der Rechenschaftspflicht liegt, wirken sich wirtschaftliche Bewertungen in der Regel stärker auf das politische Vertrauen in Ländern mit Mehrheitswahlrecht aus, in denen die politische Verantwortung klarer zugewiesen wird.

Schließlich führen die Organisation und Durchführung von Wahlen in der Regel zu einer kurzzeitigen Stärkung des politischen Vertrauens. Wahlen fördern demokratische Werte und veranschaulichen demokratische Praktiken wie Rechenschaftspflicht und friedliche Übergänge. Außerdem beginnen die neuen Regierungen nach den Wahlen in der Regel mit einer etwas saubereren Weste. Die Wahlergebnisse wirken sich unterschiedlich auf die Wähler aus: Das politische Vertrauen wird bei denjenigen Wählergruppen gestärkt, die für eine Partei gestimmt haben, die die Wahlen gewonnen und/oder die Regierungsmacht erlangt hat, während es bei denjenigen Wählern sinkt, die nicht gewählt haben. Es ist daher keine Überraschung, dass sie das Vertrauen und die Wirksamkeit erhöhen. In ähnlicher Weise sind die interne und externe Wirksamkeit sowie das politische Vertrauen in denjenigen US-Regionen und Schweizer Kantonen höher, in denen häufig Volksabstimmungen stattfinden.

Politische Sozialisation

Andere Forschungstraditionen konzentrieren sich in erster Linie auf die Natur des Subjekts als Grundlage für politisches Vertrauen. Einige betonen die politische Sozialisation - die Instanzen, durch die (junge oder neue) Bürger politische Werte vermittelt bekommen, wie Schule, Familie usw. Besonders interessant sind jene Sozialisationstheorien, die mit den Merkmalen des Objekts interagieren. Hier unterscheide ich drei.

Erstens betonen verschiedene Studien, dass Bildung ein wichtiger Sozialisationsfaktor für politisches Vertrauen ist. Hakhverdian und Mayne (2012) argumentieren und testen die Idee, dass Bildung sowohl eine Quelle demokratischer Normen als auch eine Ressource ist, die es den Bürgern ermöglicht, sich sachliche Informationen zu beschaffen. Ihre Behauptung ist nicht, dass Bildung politisches Vertrauen schafft, sondern dass der Effekt des Bildungsniveaus die Qualität der Demokratie und ihrer Institutionen widerspiegelt: Höher Gebildete vertrauen der Politik eher als niedriger Gebildete, wenn das Korruptionsniveau niedrig ist, aber sie vertrauen der Politik weniger, wenn Korruption weit verbreitet ist.

Zweitens zeigen neuere Studien über das relativ hohe Maß an politischem Vertrauen unter Migranten, dass diese Migranten ihre Erwartungen an die politische Leistung mit in ihr Gastland nehmen (z. B. Adman & Stromblad, 2013). Migranten aus weniger demokratischen oder korrupteren Ländern haben geringere Erwartungen an die politische Leistung, was zu positiveren Bewertungen und einem höheren Maß an politischem Vertrauen führt. Dieses Erbe niedriger Erwartungen schwindet mit der Generation und mit den Jahren des Aufenthalts im Gastland, was zu einem niedrigeren Niveau des politischen Vertrauens führt, das nahe am Mittelwert der einheimischen Bevölkerung liegt.

Drittens bietet die einflussreiche Theorie des Postmaterialismus von Inglehart (1997) eine Erklärung dafür, warum die Unterstützung für demokratische Verfahren im letzten halben Jahrhundert zugenommen hat, während das Vertrauen in politische Autoritäten bestenfalls schwankend und schlimmstenfalls rückläufig war. Sie argumentiert, dass die jüngeren Jahrgänge gleichzeitig demokratischer und weniger bereit sind, sich auf traditionelle Autoritäten zu verlassen. Dies würde die fehlende wirtschaftliche Not widerspiegeln, die die jüngeren Jahrgänge in ihren prägenden Jahren erlebt haben: Lange Phasen des Friedens und des Wirtschaftswachstums würden es den Jahrgängen ermöglichen, nach Freiheit und Selbstverwirklichung zu streben. Die Idee des Postmaterialismus gewann in der politischen Vertrauensliteratur der 1990er Jahre wieder an Bedeutung, als die Autoren begannen, sich auf den Aufstieg der kritischen Bürger zu beziehen (z. B. Norris, 1999).

Klingemann und Fuchs (1995, S. 439-440) stellen fest, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa "[d]ie Bürger die Realität der Demokratie, wie sie sie erleben, wahrscheinlich anhand allgemeiner demokratischer Werte und Normen und durch den Vergleich mit anderen westlichen Demokratien beurteilen". Das Aufkommen des Postmaterialismus bedeutet also, dass politisches Vertrauen durch Skepsis ersetzt wird: Politische Institutionen werden zunehmend nach ihren eigenen Verdiensten beurteilt.

Alle drei Sozialisationstheorien gehen davon aus, dass die Sozialisation die Art und Weise beeinflusst, in der die Bürger beginnen, der Politik zu vertrauen oder zu misstrauen, d. h. die Werte oder Erwartungen, nach denen sie die Leistung der politischen Institutionen und Behörden beurteilen. Dabei kann es sich um Normen der guten Regierungsführung, frühere Erfahrungen mit Korruption in anderen Ländern oder um Werte wie Freiheit und Selbstdarstellung handeln. Wie die politische Leistung bewertet wird, scheint von diesen früheren Sozialisationsprozessen abzuhängen.

Soziales und politisches Vertrauen

Schließlich spiegelt der Grad des politischen Vertrauens zum Teil das allgemeine (Un-)Vertrauen der einzelnen Bürger wider.

Diejenigen, die der Politik vertrauen, vertrauen auch eher ihrer Familie, ihren Nachbarn und ihren Mitbürgern (Zmerli & Newton, 2016). Die Stärke dieser Beziehung ist jedoch nach wie vor ein Diskussionsthema. Manche sprechen von einem "Syndrom des Vertrauens", bei dem Vertrauen im Wesentlichen eine Persönlichkeitseigenschaft ist oder durch das Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft geprägt wird. Bei diesem Ansatz wäre politisches Vertrauen kaum objektspezifisch, und ein Rückgang des politischen Vertrauens könnte eher einen allgemeinen Rückgang des Optimismus, der Geselligkeit oder der zwischenmenschlichen Bindungen widerspiegeln als einen spezifisch politischen Abschwung. Zmerli und Newton (2016) argumentieren und zeigen, dass es zwar eine Beziehung zwischen sozialem und politischem Vertrauen gibt, diese aber in Form einer Hierarchie verstanden werden sollte: Im Allgemeinen fungiert soziales Vertrauen als Voraussetzung dafür, dass Menschen politischen Institutionen vertrauen können.

Doch trotz des schwachen Zusammenhangs unterscheiden sich die Trends und Erklärungen für soziales und politisches Vertrauen. Während es zum Teil die ungerichtete vertrauensvolle Natur des

Subjekts widerspiegelt, gibt es viele weitere definierende Merkmale für politisches Vertrauen: "Die Grundlagen des Vertrauens in die Regierung sind also weitgehend politischer Natur" (Citrin & Luks, 2001).

Die Folgen des politischen Vertrauens

Die Folgen des politischen Vertrauens sind erstaunlich wenig erforscht, obwohl die Bedeutung des politischen Vertrauens für die Qualität der repräsentativen Demokratie und die Stabilität ihrer Institutionen in der Literatur seit den 1970er Jahren immer wieder thematisiert wird. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fehlen systematische empirische Erkenntnisse über diese Folgen auffallend.

Theoretisch wird erwartet, dass sich die soziopolitischen Folgen des politischen Vertrauens auf verschiedenen Ebenen der repräsentativen Demokratie auswirken. Es gibt beträchtliche Forschungsergebnisse zu den Korrelaten des politischen Vertrauens auf individueller Ebene, aber nur sehr wenig, das sie zeitlich auseinander zieht. Noch weniger Studien haben diese Folgen auf der Mesoebene (Parteien und Parteienwettbewerb) und der Makroebene (Institutionen und Regime) untersucht. Methodisch gesehen erfordern die entscheidenden kausalen Tests all dieser Folgen zwar Längsschnittdaten, Panelanalysen und experimentelle Designs, aber die wenigen empirischen Studien zu den Folgen von politischem Vertrauen haben sich überwiegend auf Korrelationsanalysen zu einem bestimmten Zeitpunkt gestützt.

Es gibt ein paar bemerkenswerte Ausnahmen. Hetherington (2005) argumentiert akribisch, dass politisches Vertrauen die Unterstützung für Auslandshilfe und für Maßnahmen zugunsten benachteiligter Minderheiten beeinflusst. Er zeigt, dass die Bürger in dem Maße, wie das politische Vertrauen abnimmt, tendenziell eine kleinere Regierung bevorzugen: Auch wenn ihre Werte nicht weniger liberal werden, vertrauen sie der Regierung einfach weniger. Rudolph und Evans (2005) bauen auf dieser Studie auf und zeigen, dass die Auswirkungen des politischen Vertrauens auf die Unterstützung von Staatsausgaben durch die Ideologie gemildert werden.

Einpacken

Der Grad des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Politik wird seit Jahren heftig debattiert. Ausgehend von den Befürchtungen der 1970er Jahre, dass ein Rückgang des politischen Vertrauens zu einer grundlegenden Krise der repräsentativen Demokratie führen könnte, hat unser wissenschaftliches Verständnis von politischem Vertrauen enorme Fortschritte gemacht.

Trotz rückläufiger Tendenzen zwischen den 1960er und den 1980er Jahren (Dalton, 2004) gibt es kaum Anzeichen für einen weiteren strukturellen Rückgang des politischen Vertrauens in den westlichen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten (Norris, 2011). Selbst in den Vereinigten Staaten, wo das politische Vertrauen in den 1960er und 1970er Jahren stark zurückging, schwanken die Vertrauensraten stark, ohne dass es seit den 1970er Jahren einen strukturellen Abwärtstrend gibt. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sind eher als eine Reihe von wiederkehrenden Aufschwüngen und Krisen des politischen Vertrauens zu verstehen, denn als ein stetiger Rückgang. Darüber hinaus geht seit Jahrzehnten ein geringes Vertrauen in die politischen Institutionen mit einem relativ hohen Vertrauen in das demokratische System und einer noch höheren Unterstützung für die demokratischen Grundsätze Hand in Hand. Dies deutet darauf hin, dass mangelndes Vertrauen in politische Behörden und Institutionen der

Demokratie nicht schaden muss.

Vielmehr kann Misstrauen durchaus Bestandteil lebendiger demokratischer Gesellschaften sein, solange es eher die Form von wachsamer Skepsis als von betäubendem Zynismus annimmt.

Unser Verständnis der Determinanten des politischen Vertrauens hat sich wahrscheinlich am meisten erweitert. Politisches Vertrauen ist weit mehr als das Ergebnis einer allgemeinen prosozialen, vertrauensvollen Einstellung der vertrauenden Personen; es spiegelt auch die Eigenschaften der Objekte wider, denen vertraut wird. In der

In den repräsentativen Demokratien Nordamerikas, Lateinamerikas, Europas und Ozeaniens ist das politische Vertrauen hoch, wenn die Institutionen frei von Korruption sind, gute Leistungen erbringen und integrativ sind. Wissenschaftler beginnen, die Quellen des politischen Vertrauens in Quasi-Demokratien und Nicht-Demokratien zu verstehen, die nur teilweise mit denen in etablierten Demokratien vergleichbar sind. Die Untersuchung von politischem Vertrauen bewegt sich in Richtung einer Integration von subjekt- und objektbasierten Erklärungen durch eine Konzentration auf Mechanismen, kausale Pfade, subjektive Wahrnehmungen und Benchmarks.

Die größten Wissenslücken bestehen jedoch bei den institutionellen und verhaltensbezogenen Folgen von hohem oder niedrigem politischen Vertrauen. Ob und wie sich politische Vertrauenskrisen auf die Stabilität und Qualität der Demokratie auswirken, bleibt auch 40 Jahre nach dem Bericht für den Trilateralen Ausschuss eine offene empirische Frage.

Referenzen

- Adman, P., & Stromblad, P. (2013). Politisches Vertrauen als bescheidene Erwartungen: Erforschung des sinkenden Vertrauens von Einwanderern in Schwedische politische Institutionen. Arbeitspapier 2013:6, Arbeitsmarkt- und Diskriminierungsstudien. Linnaeus Universität. Almond, G., & Verba, S. (1963). *The civic culture*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Anderson, C. J., & Guillory, C. A. (1997). Politische Institutionen und Zufriedenheit mit der Demokratie: Eine länderübergreifende Analyse von Konsens- und Mehrheitssystemen. *American Political Science Review*, 91, 66-81.
- Armingeon, K., & Guthmann, K. (2014). Die Demokratie in der Krise: Die abnehmende Unterstützung für die nationale Demokratie in Europa. *Europäische Zeitschrift für politische Forschung*, 53(3), 423-442.
- Bargsted, M., Somma, N. M., & Castillo, J. C. (2016). Political trust in Latin America. In S. Zmerli & T.W.G. van der Meer (Eds.), *Handbook on political trust*. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.
- Chang, E. C. C., & Chu, Y. (2006). Korruption und Vertrauen: Exceptionalism in Asian democracies? *Zeitschrift für Politik*, 68(2), 259-271.
- Citrin, J., & Luks, S. (2001). Politisches Vertrauen revisited: Déjà vu all over again. In J. R. Hibbing & E. Theiss-Morse (Eds.), *What is it about government that Americans dislike?* (S. 9-27). Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Crozier, M., Huntington, S., & Watanuki, J. (1975). *Die Krise der Demokratie. Bericht über die Regierbarkeit der Demokratien an die Trilaterale Kommission*. New York: New York University Press.
- Dalton, R. J. (2004). *Demokratische Herausforderungen, demokratische Wahlmöglichkeiten: Die Erosion der politischen Unterstützung in fortgeschrittenen industriellen Demokratien*. Oxford: Oxford University Press.
- Easton, D. (1975). Eine Neubewertung des Konzepts der politischen Unterstützung. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435-457.

Handbook on political trust. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.

Hakhverdian, A., & Mayne, Q. (2012). Institutionelles Vertrauen, Bildung und Korruption: A micro-macro interactive approach. *The Journal of Politics*, 74(3), 739-750.

- Hardin, R. (2000). Do we want trust in government? In M. E. Warren (Ed.), *Democracy and trust* (pp. 22-41). Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Hetherington, M. J. (2005). *Warum Vertrauen wichtig ist: Schwindendes politisches Vertrauen und der Niedergang des amerikanischen Liberalismus*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Hibbing, J. R., & Theiss-Morse, E. (2002). *Stealth democracy. Americans' beliefs about how government should work*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Hutchison, M., & Johnson, K. (2016). Political trust in sub-Saharan Africa and the Arab region. In S. Zmerli & T. W. G. van der Meer (Eds.), *Handbook on political trust*. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.
- Inglehart, R. (1997). *Modernisierung und Postmodernisierung*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kaase, M., & Newton, K. (1995). *Beliefs in government*. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann H. D., & Fuchs, D. (Eds.). (1995). *Bürger und der Staat*. Oxford: Oxford University Press.
- Marien, S. (2011). Die Auswirkungen von Wahlergebnissen auf das politische Vertrauen: A multi-level analysis of 23 countries. *Electoral Studies*, 30(4), 712-726.
- Miller, A. (1974). Politische Fragen und Vertrauen in die Regierung: 1964-1970. *American Political Science Review*, 68, 951-972.
- Mishler, W., & Rose, R. (1997). Vertrauen, Misstrauen und Skepsis: Die Bewertung ziviler und politischer Institutionen durch die Bevölkerung in postkommunistischen Gesellschaften. *The Journal of Politics*, 59(2), 418-451.
- Norris, P. (Hrsg.). (1999). *Kritische Bürger: Globale Unterstützung für demokratische Regierungen*. New York: Oxford University Press.
- Norris, P. (2011). *Demokratisches Defizit: Critical citizens revisited*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Park, C.-M. (2016). Political trust in the Asia-Pacific region. In S. Zmerli & T. W. G. van der Meer (Eds.), *Handbook on political trust*. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.
- Pew Research Center. (2014). Abgerufen von <http://www.people-press.org/2014/11/13/public-trust-in-government/>
<<http://www.people-press.org/2014/11/13/public-trust-in-government/>>.
- Rudolph, T. J., & Evans, J. (2005). Politisches Vertrauen, Ideologie und öffentliche Unterstützung für Staatsausgaben. *American Journal of Political Science*, 49(3), 660-671.
- Shi, T. (2014). *Die kulturelle Logik der Politik in Festlandchina und Taiwan*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Uslaner, E. (2016). Corruption, inequality, and political trust. In S. Zmerli & T. W. G. van der Meer (Eds.), *Handbook on political trust*. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.
- Thomassen, J. J. A. (2015). What's gone wrong with democracy, or with theories explaining why it has? In T. Poguntke, S. Rossteutscher, R. Schmitt-Beck, & S. Zmerli (Eds.), *Citizenship and democracy in an era of crisis*. London: Routledge.

Van der Meer, T. W. G., & Hakhverdian, A. (2016). Politisches Vertrauen als Bewertung von Prozessen und Leistungen: Eine länderübergreifende Studie in 42 europäischen Ländern. *Political Studies*.

Van Erkel, P., & Van der Meer, T. W. G. (2015). Makroökonomische Leistung, politisches Vertrauen und die große Rezession: A multilevel analysis of the effects of within-country fluctuations in macro-economic performance on political trust in 15 EU countries, 1999-2011. *European Journal of Political Research*, 55(1), 177-197.

Welzel, C., & Dalton, R. J. (2015). From allegiant to assertive citizens. In R. J. Dalton & C. Welzel (Eds.), *The civic culture transformed: From allegiant to assertive citizens*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.

Zmerli, S., & Newton, K. (2016). Objekte des politischen und sozialen Vertrauens: Skalen und Hierarchien. In S. Zmerli & T. W. G. van der Meer (Eds.), *Handbook on political trust*. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.

Zmerli, S., & Van der Meer, T. W. G. (Eds.). (2016). *Handbook on political trust*. Chelton, U.K.: Edward Elgar Publishing.

Verwandte Artikel

Paradigma der politischen Kultur

Verständnis der Bevölkerung für Demokratie

Unterstützung für Demokratie